

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Bundrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 55.

Berlin, Sonnabend, 11. Juli 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Notzfrei — Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. — Frage gegen das Koalitionsrecht. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Ein Notzfrei.

Wie eine aus giftigen Sumpfe sich hervor-schlängelnde Buderpflanze sucht die gelbe Bewegung in immer weiteren Kreisen Boden zu fassen. Erst mußten die Arbeiter daran glauben, dann aber ist das schädliche Gebilde auch in die Schichten der technischen Angestellten und der Werkmeister hineingewachsen. Ueberaus bezeichnend ist der Leitartikel in Nr. 27 der „Werkmeister-Ztg.“ vom 3. Juli. Hier wird bitter Klage geführt über den Druck, der auf die Werkmeister ausgeübt wird, um sie in die gelbe Bewegung hineinzupressen, und geschildert, welche Wirkung diese Behandlung zeitigen muß. Lassen wir den Artikelschreiber selber sprechen:

„Vermehrte Arbeitswilligen-schaft ist die Parole der Arbeitgeberverbände. Wir allerdings rufen nicht nach einem vermehrten Schutze der Arbeitswilligen, da die gesetzlichen Vorschriften vollkommen ausreichen, um etwaige Uebergriffe der Arbeiter bei Ausperrungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Wir verlangen heute etwas ganz anderes! Nämlich den Schutz der Werkmeister gegen den Terrorismus im Betriebe, der sich heute überall breit macht, der heute dem tüchtigen Werkmeister das Leben verleidet, ihm die Arbeitsfreude nimmt. Dabei handelt es sich nicht um die freien, christlichen und Girsch-Bundischen Gewerkschaften, sondern um den Terrorismus, den die Werkvereine ausüben bezw. die Personen im Betriebe, die die Schutz-patrone der Werkvereine sind. Darunter leiden am allermeisten die Werkmeister, bei denen man von vornherein eine neutrale Stellung den verschiedenen Arbeitergruppen gegenüber erwartet. Aber nicht nur die Werkmeister sind es, die darunter zu leiden haben, sondern die technischen und Bureauangestellten der Fabrikbetriebe, bei denen auch alles geschieht, um sie zu Mitgliedern der Werkvereine zu werden.“

Keinerlei Zweifel besteht heute darüber, daß die Werkvereine keine selbständigen Gebilde sind, die aus Anregungen der Arbeiter allein heraus geboren wurden. Die Werkvereine sind von den Arbeitgebern völlig abhängige Arbeitergruppen; die Mittel stammen aus den größten Teile aus dem Betriebskapital der Arbeitgeber, also nicht aus den Beiträgen der Werkvereiner. Diese spielen im Etat der Werkvereine eine außerordentlich untergeordnete Rolle.“

Es wird dann die Stellung des Werkmeisters zu den Arbeitern und ihren Organisationen besprochen und der Grundsat aufgestellt, daß der Werkmeister allen gegenüber vollkommene Neutralität zu beobachten hat. Von der Mitgliedschaft in irgend einer Organisation, auch im Werkverein, müsse abgesehen werden. Leider werde dieser Grundsat in Wirklichkeit nicht anerkannt.

Bedauerlich ist es allerdings, daß viele Werkmeister nun meinen, daß sie die Gunst des Arbeitgebers am besten erlangen, wenn sie nur möglichst tüchtige Mitglieder der Werkvereine sind, wenn sie ihrerseits auch die Arbeiter nach allen Richtungen hin anlocken — das ist der richtige und hier allein passende Ausdruck — damit sie sich dem Werkvereine als Mitglied anschließen. Für den Werkmeister darf einzig und allein die Arbeitsleistung den Ausschlag geben. Eine gute Arbeitsleistung muß er im Interesse des Arbeitgebers fordern. Von diesem Gesichtspunkte muß er die Arbeiterschaft beurteilen, nicht aber die Beurteilung davon abhängig machen, ob die Arbeiter Mitglieder des Werkvereins sind oder nicht. Ein Druck nach dieser Richtung hin ist absolut unzulässig. Der Ausdruck „Mitarbeiter“ hat heute gang und gäbe ist, zeigt deutlich, daß eine ganze Menge Werkvereinsmitglieder vorhanden sind, die nur dem Namen nach Werkvereinsmitglieder, im übrigen

aber Gewerkschafter sind, also nur dem Zwange und dem Druck folgen, wenn sie sich dem Werkverein anschließen.“

Weiter folgt eine Schilderung der mancherlei Mißstände, unter denen die Werkmeister zu leiden haben und die ihnen die Arbeitsfreude rauben. Aber alles wird in den Schatten gestellt durch die Existenz der gelben Werkvereine.

„Der Arbeiter, der mit dem Werkmeister im Werkvereine ist, nimmt sich alles mögliche heraus, ohne daß der Werkmeister imstande ist, sich gegen die allgütige Kollektalität und Intimität seines Werkvereinsgenossen zu wehren. Dazu sind in manchen Fällen die Mittel, die man braucht, um die Werkmeister zu Mitgliedern der Werkvereine zu gewinnen, nichts weniger als vornehm, durchweg unerfreulich, oft sprechen sie allen guten Sitten Hohn. Den Arbeitgebern sind sie zweifellos zum Teile unbekannt, da die Organe der Arbeitgebervereine, die die Förderung der Werkvereine sich zur Aufgabe machen, den Arbeitgebern reinen Wein nicht einschenken. Stets übt man auf den Werkmeister in der einen oder anderen Art einen Druck aus, droht ihm mit der Kündigung, mit Existenzschädigung u. s. w. stellt ihm zuweilen auch keine Lohnaufbesserung in Aussicht, versteht ihn in Abteilungen, die allgem. als Strafposten gelten, kurz und gut, übt einen Druck auf seine Ueberzeugung aus, der durchaus unzulässig ist.“

Die Folge ist, daß viele Werkmeister keine überzeugungstreuen Vertreter der Arbeitgeber sind. Sie können es als Mitglieder der Werkvereine auch gar nicht sein. Leider aber fügen sich viele Werkmeister dem Zwange und schließen sich dem Werkvereine an, um allen Drangsalen aus dem Wege zu gehen. Sogar eine solche Handlungsweise aber wird in dem Artikel unbedingt Einpruch erhoben, nicht nur im Interesse der Werkmeister selbst, sondern auch im Interesse der Industrie, des ganzen Volkes.

„Der Ausdruck „Mißpreuße“, der für solche Angestellte geprägt ist, sagt zudem ohne weiteres, worum es sich handelt, wie in solchen Werkvereinen gearbeitet wird. Hört man das von den beteiligten Personen, ist es geradezu haarsträubend, welche Mittel manchmal angewendet werden, um das Rückgrat der Werkmeister, auf die der Arbeitgeber angewiesen ist, zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die von ihm hergestellten Produkte werden getadelt, überall findet man etwas auszuwickeln, das auch dann, wenn die Arbeiter, die der Werkmeister früher lieferte, absolut einwandfrei waren. Die Mitglieder der Werkvereine machen dem Werkmeister allerhand Schwierigkeiten, nur um ihn zum Beitritt zu zwingen. Oft werden gute Arbeiter in der Abteilung, die der Werkmeister angeleitet hat, auf die er sich verlassen kann, nach und nach in andere Betriebe verlegt, nur damit seine Arbeit nicht mehr einwandfrei ist, damit ihm bewiesen wird, daß er nicht mehr den gestellten Anforderungen entspricht. Es ist auch nichts Seltenes, daß dem Werkmeister mit der Kündigung gedroht wird, wenn er dem Werkvereine nicht beiträgt. Das sind Zustände, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können.“

Manchmal scheint es ja, daß der Arbeitgeber von diesen Dingen nicht unterrichtet ist. Dann sind es aber die Direktoren oder Oberingenieure, die nun glauben, daß sie durch Eritarlung der Werkvereine, durch Sammlung einer möglichst großen Mitgliederzahl dem Arbeitgeber gegenüber dastun müssen, bezw. dem Vorstand der Aktiengesellschaft zeigen wollen, daß ihrerseits alles geschieht, um die wirtschaftlich-friedlichen Arbeitervereine, damit die wirtschaftlich-friedliche Bewegung zu stärken. In den Arbeitgeberkreisen werden aber schon heute Stimmen laut, die das Anwachsen der Werkvereine mit Sorge verfolgen. Die Werkvereine werden zum Bewußtsein ihrer Kräfte kommen wenn erst einmal Hof-fonjunktur ist, der Arbeitgeber also nicht allein in den wirtschaftlich-friedlichen Vereinen zu tun hat,

sondern auch andere, in Gewerkschaften organisierte Arbeiter berücksichtigen muß.“

Wir haben unsere Lesern diese Ausführungen nicht verschweigen zu dürfen geglaubt. Sie sind überaus charakteristisch für die Agitation, die für die Gelben getrieben wird. Wenn aber schon die Werkmeister so schwer darunter zu leiden haben, welche Mittel mag man da erst den Arbeitern gegenüber anwenden! Da treten die Gelben Werkmeister, die nicht ein solches Ehrgefühl haben wie der Artikelschreiber, mit in Aktion. Woher Höllenqualen müssen da oft ertragen werden, wenn der Arbeiter seiner Organisation treu bleiben will. Und solche Vereinigungen waagt man noch als wirtschaftsfriedliche zu bezeichnen! Einen größeren Widerspruch kann man sich wohl kaum denken.

Interessant ist der Schlußatz, in dem die Rede davon ist, daß die Werkvereine auch zum Bewußtsein ihrer Kräfte kommen werden, wenn erst einmal Hof-fonjunktur ist. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß auf die Dauer diese Organisation nicht lebensfähig bleiben kann. Die Arbeiter, die sich dort hineinverirrt haben, werden, wenn es zu arg mit ihnen getrieben wird, das Joch abschütteln und den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen führen. Doch darauf kommt es ja an dieser Stelle nicht an. Wir wollten an diesen aus Werkmeisterkreisen selbst stammenden Darlegungen von neuem zeigen, wie die Agitation für die Gelben getrieben wird, und wie es um ihre Unabhängigkeit vom Unternehmertum bestellt ist. Das aber hat die „Werkmeisterzeitung“ mit win-jährswörter Deutlichkeit gezeigt.

Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Weltverkehr, Welthandel, Weltmarkt, Weltwirtschaft, das sind die Schlüsselwörter, die dem Wirtschaftsleben unserer Zeit ein charakteristisches Gepräge aufdrücken. Allerdings ist das internationale Wirtschaftsleben der Gegenwart ein Ergebnis von Vorgängen, deren Anfänge Jahrhunderte zurück-liegen; aber erst im letzten Menschenalter hat es in sprunghaftem Vorwärtsschreiten eine ungeahnte Entfaltung, neue Formen und neue Ziele gewonnen. Unzählbar und äußerst kunstvoll verschlungen sind die wirtschaftlichen Fäden, die jetzt die ganze Erde überziehen. In der Weltwirtschaft vereinigen sich Millionen und Millionen Menschen zu gemeinsamer Arbeit, Millionen verschiedener Abstammung, verschiedener Glaubens, verschiedener Kultur. Es ist ein gewaltiges Schaffen, teils für einander, teils gegeneinander, anscheinend planlos, in Wirklichkeit aber sehr wohl ausgegacht und begründet auf den Erfahrungen von Jahrhunderten.

Eine solch gewaltige Entwicklung konnte selbst-rendend an Deutschland nicht spurlos vorüberziehen, mußte vielmehr das „Herz Europas“ in lebhaftes Wallen versetzen. Und in der Tat können wir feststellen, daß auch für Deutschland in dem Um-wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine neue Zeit angebrochen ist. Zwischen der alten und neuen Zeit liegt der Markstein 1870/71. Zwar weiß das heutige Geschlecht, daß sich nun schon lange aller der großen Segnungen eines ausgedehnten einheitlichen Wirtschaftsgebietes, einer einheitlichen wirtschaftlichen Gesetzgebung und eines wirksamen Interessenschutzes erfreut, kaum mehr zu schätzen, wieviel in jener großen Zeit erreicht worden ist. Die Größe des Fortschritts kann man sich aber vorstellen, wenn man an die kleinen und kleinsten Verhältnisse der früheren Zeit, an die

Beengung des Lebenspielraums, die Rechtsverwirrung, die Münzordnung, die Verschiedenheit der Maße und Gewichte, die Beschränkungen der gewerblichen Freiheit, die Verkehrshemmnisse usw. zurückdenkt." (H. Arndt.)

Die neue Zeit führte dann in Deutschland eine allmähliche Umgestaltung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse herbei, die gekennzeichnet wird durch die wenigen Worte: Vom Agrarstaat zum Industriestaat. Ueber diese wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat Prof. Dr. Albert Giese auf Grund statistischen Materials eine treffliche Abhandlung veröffentlicht, an die wir uns bei den folgenden Ausführungen anlehnen. In Preußen besaßen sich 1816: 78 Prozent der Gesamtbevölkerung mit Land- und Forstwirtschaft, worunter auch die Tierzucht und Fischerei zu rechnen ist; im Jahre 1849 sind es nur noch 64 Prozent und im Jahre 1867 nur 48 Prozent. Für die neue Zeit Deutschlands hat Giese die Jahre 1882, 1896 und 1907 gegenübergestellt und die Resultate in graphischer Darstellung gegeben. Die Berufsangehörigen, d. h. alle, die von den Erträgen eines Berufes leben, haben in den 25 Jahren (1882-1907) in der Landwirtschaft um 1 1/2 Millionen abgenommen, in der Industrie um 10 Millionen und im Handel um 3 1/2 Millionen zugenommen. Von den 16 1/2 Millionen, um die die Bevölkerung während dieser Zeit gestiegen ist, haben 7/8 bei der Industrie und etwa 1/8 im Handel ihren Unterhalt gefunden. Die Steigerung der Berufslosen, die eigenes Einkommen ohne Arbeit beziehen, also mit Ausschluß der reinen Familienangehörigen, beträgt fast 3 Millionen. Auch in den Zahlen der Erwerbstätigen, d. h. derjenigen, die in einem Berufe Arbeit, Verdienst und Lebensstellung gefunden haben, also auch der mitarbeitenden Familienangehörigen, findet sich eine Verschiebung der Erwerbsgrundlagen. Zwar hat hier die Landwirtschaft ein absolutes Ansehen um 1 1/2 Millionen zu verzeichnen; relativ, d. h. gegenüber der Zunahme der übrigen Gruppen, bleibt aber diese Zunahme zurück. Die Zahl der erwerbstätigen Personen hat sich nämlich in der Industrie um fast 5 Millionen, im Handel um 2 Millionen erhöht. Und von dem Mehr der 9 Millionen menschlicher Arbeitskräfte, die in den 25 Jahren sich betätigen, haben Siebenneunel bei Industrie und Handel Beschäftigung gefunden. Ueber das gegenwärtige Verhältnis geben folgende Zahlen Aufschluß: Von sämtlichen Erwerbstätigen Deutschlands (einschließlich der beruflosen Selbständigen) gehörten zur Landwirtschaft: 1907: 32,7 Prozent; 1882: 43,4 Prozent; zur Industrie 1907: 37,2 Prozent; 1882: 33,7 Prozent; zum Handel und Verkehr 1907: 11,5 Prozent 1882: 8,3 Prozent. Auch in diesen Ziffern zeigt sich deutlich der Rückgang der landwirtschaftlichen Berufsarbeit und die Zunahme der Erwerbstätigen in Industrie und Handel. Sie kennzeichnen den Uebergang der deutschen Bevölkerung von der Landwirtschaft zu Industrie und Handel. Ja, die absolute Zahl der überhaupt auf der ganzen Erde in der Industrie beschäftigten Personen ist schon jetzt in Deutschland am größten, während in der Landwirtschaft nur die Vereinigten Staaten noch vor uns stehen. Danach sind wir der erste Industriestaat und der dritte Agrarstaat der Welt geworden. In Großbritannien, für das bekanntlich die Industrie die größte Bedeutung hat, lebten 1811: 36 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft; 1831: 28 Prozent, 1861: 21 Prozent und zurzeit nur noch 13 Prozent. Also ein ähnliches Bild der Entwicklung, die sich fast in allen Ländern geltend macht. Nur in Frankreich und Italien hat man noch keinen Rückgang des Anteils der landwirtschaftlichen Berufsarbeit feststellen können; dagegen ist auch dort, wie in allen Ländern, die Verhältniszahl des Handels stetig gestiegen. Jedenfalls bildet aber die Tendenz der Industrialisierung den Grundzug der wirtschaftlichen Entwicklung der Kulturländer. Für Deutschland ist es als besonderer Vorteil zu bezeichnen, daß wir den Gewinn der Industrie nicht mit dem Verlust der Landwirtschaft verknüpfen haben. Bietet doch bei uns „eine breite Schicht landwirtschaftlicher Bevölkerung noch immer einen seltenen Untergrund, auf dem der industrielle Ueberbau sich erhebt“, und zwar mit unbestreitbarer Berechtigung, denn die „Erhaltung und Stärkung der Landwirtschaft ist, von allen sonstigen Momenten abgesehen, schon deshalb eine ökonomische Notwendigkeit, weil sie eine Rückversicherung gegen industrielle und weltwirtschaftliche Verluste“ bedeutet.

Doch fast allenthalben die Landwirtschaft mit der vortäuschlenden Entwicklung der Industrie nicht gleichen Schritt halten konnte, findet seine einfache Erklärung in den natürlichen Grenzen,

die der Landwirtschaft gezogen sind. Da nämlich Grund und Boden räumlich beschränkt sind, findet die fortgesetzte Erweiterung der Anbauflächen nach Ueberwindung großer Hindernisse und steigender Anwendung von Kosten schließlich ihr Ende. Dazu kommt, daß die landwirtschaftliche Produktion an die Jahreszeiten gebunden ist und nicht beschleunigt werden kann. Auch die Einwirkungen des Kapitals sowie der wissenschaftlichen Fortschritte machen sich in der Landwirtschaft bei weitem nicht in dem Maße geltend wie bei der Industrie, die im Gebiete der Produktion geradezu unbegrenzte Möglichkeiten bietet. Als Beispiel seien erwähnt, daß die Weizenerte Deutschlands in den letzten 35 Jahren von 2 1/2 auf 4 Millionen Tonnen, Roggen von 6 auf 11, Gerste von 2 auf 3, Hafer von 4 auf 8, Kartoffeln von 20 auf 40 Millionen Tonnen, dagegen die Produktion von Hühnern von 2 auf 15 Millionen Tonnen gestiegen ist und die Steinkohlenförderung sich vervierfacht, die Braunkohlenförderung verdreifacht, die Kaliproduktion sich verdoppelt hat. Die Entwicklung der Gewerbe wird außerdem begünstigt durch die fortschreitende Trennung der Produktionsarten und -Stufen. Wurden 1882 etwa 6000 verschiedene Berufe gezählt, so ist diese Zahl 1895 auf 10 000 und 1907 auf 14 000 angewachsen. Mit dem wachsenden Wohlstand vermehren und verfeinern sich dann die Bedürfnisse, so daß sich für die Industrie immer neue und größere Absatzgebiete auftun, während in der einzelnen Privatwirtschaft erfahrungsgemäß mit Steigen des Einkommens die Rohrausgaben relativ sinken.

Dieser Gegensatz in den Entwicklungsbedingungen zwischen Landwirtschaft und Industrie zeigt sich auch in der Ausnutzung des fortgesetzt vervollkommenen Verkehrswesens. Durch die Verbilligung und Befleunigung der Transporte ist die Industrie weder für den Bezug ihrer Rohstoffe noch für ihren Absatz auf den heimischen Markt angewiesen, konnte vielmehr auf den fremden Markt übergreifen und den Massenabatz in die Wege leiten. Die Landwirtschaft hat jedoch durch die Fortschritte des Verkehrs ein scharfes Konkurrenz fremder Länder auf dem heimischen Markt erhalten und verlor zudem noch einen Teil ihrer Arbeitskräfte, die infolge der großen Anziehungskraft der Städte vom Land abwanderten. So ist es denn gekommen, daß jetzt 3/4 der Erwerbstätigen der Industrie in den Städten, die vorwiegen die Standorte der Gewerbe sind, arbeiten, ja 1/2 allein in den Großstädten, während vor 25 Jahren die Städte noch nicht 1/2 der industriellen Erwerbstätigen und die Großstädte etwas über ein Zehntel umfaßten. In jeder Hinsicht haben sich also die Verhältnisse zuungunsten der ländlichen Gewerbe verschoben. Denn auch der Handel erfährt eine gewaltige Erweiterung und zeigt infolgedessen einen immer größeren Bedarf an Arbeitskräften. (Schluß folgt.)

Die Rede gegen das Koalitionsrecht.

Die Aussichten, auf reichsgesetzlichem Wege die Wünsche der im Korstell der schaffenden Stände vereinigten Schachmacher zu verwirklichen, sind so gering, daß man wohl einstweilen darauf verzichten wird, nach dieser Richtung hin etwas zu unternehmen. Gar zu deutlich hat der Reichstag bei der Beratung der konservativen „Anträge auf Verbot des Streikpostens und stärkeren Schutz der Arbeitswilligen“ zu erkennen gegeben, daß er für neue Schachmachereien nicht zu haben ist. Die Reichsregierung, die vielleicht nicht abgeneigt wäre, den Wünschen der Reaktionen etwas entgegenkommen zu zeigen, hat in richtiger Beurteilung der Situation ebenfalls klipp und klar gesagt, daß ihr gesetzliche Maßnahmen nach der Richtung der Einschränkung des Koalitionsrechtes ungewinnbar erscheinen. Die Trauben hängen eben zu hoch. Aber das Eine hat man doch durchgesetzt. Im Reichsamte des Innern soll eine Denkschrift hergestellt werden, die den Schutz der Arbeitswilligen und was damit im Zusammenhang steht, zum Inhalt hat. Von den Vorkarbeiten für diese Denkschrift ist neuerdings in der Presse viel die Rede gewesen. Ein offiziöse Korrespondenz hat nämlich allerlei Mitteilungen über die Denkschrift gemacht. Danach wollen weder die Reichsregierung noch die einzelnen Bundesstaaten von einer weiteren gesetzlichen Regelung etwas wissen. Das sei auch gar nicht notwendig, denn auf dem Verordnungswege gebe es Mittel und Wege genug, Ausdehnungen der Streikposten zu verhüten und einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen herbeizuführen. Im einzelnen sagt darüber die Korrespondenz:

Innerhalb der meisten Bundesregierungen ist man bestrebt, auf dem Verordnungswege den Schutz der Arbeitswilligen nach Möglichkeit zu verstärken. So beabsichtigt die preussische Staatsregierung, sämt-

liche Polizeipostskriften über Streikposten erlassen usw. von denen nämlich einige vom Reichsamtegericht für rechtmäßig erklärt worden, einer Revision zu unterziehen und sie darauf zu gestalten, daß das Sammergericht nicht gegen sie einzuweisen kann. Weiter sollen in den Justizministerien die Polizeikräfte nach Bedarf vergrößert werden, um in Gegenden, wo Streikausbrüche zu vermuten sind, rechtzeitig die nötigen Organe zur Hand zu haben. Ferner werden überall, wo nach nichts gesehen ist, Polizeiverordnungen erlassen, die Streikausfahrungen und Ruhestörungen wirksam entgegenzutreten sollen. In diesen wird auf die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Bezug genommen, nach denen die Polizei die nötigen Anhalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern derselben bevorstehenden Gefahr zu treffen hat. Auf Grund der bestehenden reichsgesetzlichen Bestimmungen ist jetzt bereits der Schutz der Arbeitswilligen möglich. Der § 153 der Gewerbeordnung sieht vor, daß werjenige mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht wird, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Bedrohungen, Ehrverletzung oder Verursachung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Das Reichsgericht hat ferner mehrfach zweifelhafte Fragen geklärt. Auf Grund ergangener Entscheidungen genügt die Bezeichnung „Streikbrecher“, um die Anwendung des § 153 zu rechtfertigen. Weiter hat das Reichsgericht eine Verurteilung schon in der Erklärung erblüht, daß jemand mit einem anderen Arbeiter nicht mehr zusammenarbeiten kann oder will. Auch die Anknüpfung von Mitteln, durch die freie Entschlüsse der Arbeitswilligen beeinträchtigt werden können, sowie ein Abhalten von der Arbeit durch passive Mittel ohne Sanktionscharakter bedeuten einen körperlichen Zwang.

Also auf dem Verordnungswege will man das zu erreichen suchen, was man durch eine besondere Gesetzgebung nicht schaffen kann, weil der Reichstag nun und nimmer seine Zustimmung dazu geben würde. Es ist wirklich nicht zu verwundern, wenn die Regierung auf eine weitere gesetzliche Regelung verzichten will, wenn sie nach dem von der Korrespondenz gekennzeichneten Rezept gegen die Arbeiter vorgeht. Die Schutzleute und Genarmen werden dann schon dafür sorgen, daß die Streikposten nicht allzu wirksam ihres Amtes walten dürfen. Jedenfalls zeigt obige Zusammenstellung auf der einen Seite, daß es nämlich nicht der Schaffung neuer gesetzlicher Vorschriften bedarf, andererseits, daß ein scharfer Bind gegen die Arbeiter weht. Man denke an die Streikverordnung in Sachen, und man vergegenwärtige sich einmal die Verhältnisse, wie sie sich nach obiger Darstellung entwickeln müssen. Die Fesseln, die der Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen Kämpfen dadurch angelegt werden, sind so fest, daß sie sich kaum noch rühren können. Was wird die Folge sein? Daß sich die Arbeiter von der Durchführung ihrer berechtigten Forderungen auf dem Wege des Streiks abhalten lassen werden, ist ausgeschlossen. Das wird wohl auch die Reichsregierung nicht glauben. Sie werden schon Mittel und Wege finden, sich ihre Rechte zu sichern. Aber eine maßlose Erbitterung wird in der Arbeiterschaft Platz greifen, und vor allen Dingen werden die wirtschaftlichen Kämpfe vielleicht hinterlistiger geführt werden als bisher. Das wird die Wirkung des Vorgehens sein, das durch die Korrespondenz in Aussicht gestellt ist. Freude werden daran die Schachmacher nicht haben, die Regierung aber noch weniger.

Allgemeine Kunde.

Freitag, den 10. Juli 1914.

Eine Vermittlungsstelle für Arbeiter, die entweder aus Gesundheitsrückichten oder aus andern Gründen gekündigt sind, ihren Beruf zu wechseln, ist am 1. Juli in Berlin dem Zentralarbeitsnachweis angegliedert worden. Diese Einrichtung entspricht einem tief empfundenen Bedürfnis; denn die Zahl der Arbeiter, die zu einem andern Berufe übergehen müssen, aber in Zweifel sind, wohin sie sich wenden sollen, ist überaus groß. Deshalb ist gleichzeitig auch eine Berufsberatungsstelle eingerichtet worden, zu dem Zweck, die ratuchenden Arbeiter über die neu zu ergreifenden Berufe aufzuklären und ihnen mit Rat und Tat beizustehen. Zur Durchführung des Planes wird der Zentralarbeitsnachweis durch einen eigenen Beamten bei den einzelnen Arbeitgebern vorstellt werden und sie eruchen, sich der neuen Vermittlungsstelle zu bedienen. Gleichzeitig richtet er an die interessierten Kreise der Arbeitgeber einen warmen Appell, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen, die darauf hingingen, vielen Hunderten von Arbeitern ihre Arbeitsfähigkeit in einem für sie passenden Berufe zu erhalten. Es wäre wirklich erfreulich, wenn diese Bestrebungen allerseits die ihnen gebührende Berücksichtigung fänden.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbe-
 erben ist bei ihrer Durchführung auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß nunmehr auch die Reichsregierung sich der Einsicht nicht mehr verschließen kann, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Aus diesem Grunde ist zum 17. Juli nach dem Oberversicherungsamt Groß-Berlin eine Konferenz einberufen worden, an der außer Vertretern der Reichsregierung und der preussischen Regierung solche der Krankenkassen von Berlin, der Arbeitgeber und der Hausgewerbetreibenden teilnehmen werden. Zweck der Einberufung ist eine Beratung, wie man die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen kann. Wie es heißt, sollen im Anschluß daran durch Vertreter der Reichsregierung und der zuständigen Bundesregierungen in zwei Gebieten der Hausindustrie, nämlich in Lüdingen und Hagern, an Ort und Stelle Erhebungen stattfinden, die sich ebenfalls auf die Krankenversicherung beziehen.

Wir haben schon mehrfach Veranlassung gehabt, über Unklarheiten und Ungewissigkeiten im Gesetz Klage zu führen. Die von der Regierung geplanten Veranlassungen beweisen am besten, wie berechtigt diese Beschwerden waren. Allerdings glauben wir nicht, daß durch diese Besprechungen das Uebel an der Wurzel getroffen wird. Unseres Erachtens kommt man ohne eine gründliche Revision der Reichsversicherungsordnung nicht durch. Man soll nicht davor zurückschrecken, an einem Gesetzwerk deswegen Änderungen vorzunehmen, weil es noch zu jung ist. Wenn sich etwas als ungewiss erweist, so kann es nicht schnell genug beseitigt werden. Deshalb wäre der Reichstag ein gutes Werk, wenn er schon im kommenden Winter mit allem Nachdruck darauf hinwirkte, daß eine gründliche Verringerung der Bestimmungen über die Krankenversicherung herbeigeführt wird.

Die sozialdemokratische Presse und die Gewer-
 vereine. Wir haben schon in der vorigen Nummer uns mit der Kritik beschäftigt, die der „Vorwärts“ an der Statistik der Deutschen Gewerkschaften geübt hat. Nun geht durch die gesamte sozialdemokratische Presse ein Beschäftigter, der in ähnlicher Weise über unsere Organisation herzieht. Der Ausgang der „freien“ Gewerkschaften wird nur ganz zart angedeutet. Daß diese Richtung im Jahre 1913 nach eigenen Angaben 60 882 Mitglieder verloren hat, wird verweigert. Sonst könnte man ja nicht auf den Gewerkschaften so herumtaufen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Betrachtungen der Wunde, daß die Deutschen Gewerkschaften doch „mit vollem Gepäck zu den freien Verbänden übergeben“ möchten. Das wäre so ein gelundenes Pressen für die „Genossen“. Auf die Erfüllung ihres Wunsches aber müssen sie so lange warten, wie die sogenannten freien Gewerkschaften es nicht über sich gewinnen, sich von den Fesseln der sozialdemokratischen Partei zu befreien. Arbeiter, die von der sozialistischen Weltanschauung nichts wissen wollen, können sich in den „freien“ Gewerkschaften nun einmal nicht wohlfühlen und betätigen. Recht albern ist eine Bemerkung, die in der Notiz enthalten ist. Da wird nämlich gesagt, daß die von den Gewerkschaften vertretenen Theorien das Programm der Selben geworden sei. Das geschieht natürlich nur zu dem Zwecke, die Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In viel härterer Weise haben sich die „freien“ Gewerkschaften die Grundansichtungen der Deutschen Gewerkschaften zu eigen gemacht.

Wenn übrigens die Gewerkschaften den Selben so nahe ständen, wie kommt es dann, daß sie — um die eigenen Worte der sozialdemokratischen Zeitungen zu benutzen — „von den Unternehmern nicht viel besser als die freien Verbände behandelt werden?“ Die Deutschen Gewerkschaften müssen nun einmal unbedingt von Zeit zu Zeit von der Genossenpresse angerempelt werden. Dazu hat sich jetzt eine Gelegenheit geboten. Seide gewonnen haben dabei die betreffenden Redakteure allerdings nicht.

Arbeiterbewegung. Wenn sich auch die Zahl der streikenden Chauffeurs in Berlin verringert hat, nachdem eine weitere Anzahl von Unternehmern den Tarifvertrag anerkannt hat, so dauert der Kampf doch immer noch fort. Die Situation für die Chauffeurs hat sich aber weiter verbessert, weil es gelungen ist, eine Reihe von Arbeitswilligen aus den Betrieben wieder herauszuholen. — Auch der Streik der Holzbildhauer in Berlin nimmt seinen Fortgang. — In Cöln sind wegen Wohnplatzdifferenzen die in den Expositions- und Schwerindustriebetrieben beschäftigten Fuhrleute in den Streik getreten.

Es handelt sich um etwa 1000 Arbeiter. Die Unternehmer sind bemüht, von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen. — Die in der Konfektionsbranche beschäftigten Schneider in Breslau haben einen neuen Tarif abgeschlossen, der ihnen neben einer Lohnerhöhung auch sonst mancherlei Verbesserungen bringt. — In Weismajer und Muskau sind sämtliche Bauarbeiter in den Ausnahmestand getreten, nachdem die Zimmerer schon längere Zeit streikten. Der Kampf dreht sich in der Hauptache um die Anerkennung der Organisation. — Im Casseler Brauereigewerbe tobt schon seit einigen Wochen ein heftiger Kampf. Seitens der Arbeiter ist der Boykott über die beteiligten Betriebe verhängt worden. Dagegen ist jetzt Klage auf Schadenersatz in Höhe von 100 000 Mark anhängig gemacht worden.

Der Streit in den Arsenalbetrieben von Woolwich (England), an dem zuletzt gegen 15 000 Arbeiter beteiligt waren, ist beendet, nachdem die Streikenden den Vorschlägen der Regierung zugestimmt haben.

Die päpstliche Gewerkschaftsengstlichkeit zieht noch immer weitere Kreise. Vor kurzem hat der Bischof von Como (Italien) einen Hirtenbrief veröffentlicht, der sich mit deutschen Verhältnissen beschäftigt und auch die christlichen Gewerkschaften in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. Ihre Haltung gegenüber der Engstlichkeit „Singuliri quadam“ wird dabei einer scharfen Kritik unterzogen. Daß sie Stellung genommen haben gegen die „geistlichen Quertreiber“, daß sie in Dresden und Essen jede kirchliche Beaufsichtigung und das Sineciren in die beruflichen Fragen abgelehnt haben, daß auf dem Essener Kongreß erklärt worden ist, man werde der Engstlichkeit nicht gehorchen und jede kirchliche Einmischung ablehnen, alles das und noch vieles andere wird scharf getadelt.

Nur könnte es ja schließlich bedeutungslos sein, wie sich ein italienischer Bischof zu den christlichen Gewerkschaften stellt. Merkenstwert aber ist, daß der Papst selbst anlässlich dieser Kundgebung dem Bischof von Como einen Verlobungsbrief geschickt hat, in dem er sich selbst beglückwünscht zu dem schönen Hirtenbriefe. Natürlich sind diese Tadeln den christlichen Gewerkschaften und auch ihren Freunden sehr unangenehm. Die „Bayerische Staats-Ztg.“ hat dem Bischof von Como mit dürren Worten gesagt, daß ihn die deutschen Verhältnisse nichts angingen und er sich darum nicht kümmern möge. Damit aber ist die Verlobung des Bischofs vor Como durch den Papst nicht aus der Welt geschafft. Papst und Bischof stehen auf demselben Standpunkte, den letzterer in seinem Hirtenbrief mit folgenden Worten gekennzeichnet hat:

„Bei jeder Gelegenheit und zuletzt noch mit lebhafter Stimme und mit großer Freiheit hat der St. Vater allen, die noch Obren haben zu hören, nicht zu wiederholen aufgehört, daß die gemischten Vereinigungen, die Bündnisse mit Nichtkatholiken zum Zwecke der materiellen Besserstellung unter gewissen bestimmten Bedingungen gestattet sind, daß aber der Papst jene Vereinigungen von Gläubigen bezeugt, die jede menschliche Mühseligkeit, die Obren allen gegnerischen Lockungen und Drohungen verschließen und sich um jenes Banner scharen, das allen Anfeindungen zum Trotz doch das pläuzendste und glorreichste bleibt, weil es das Banner der Kirche ist.“ (Konstitutions-Motivation vom 27. Mai 1914.)

Gemeint ist natürlich das Banner der katholischen Kirche. Diese Vorgänge zeigen, daß die christlichen Gewerkschaften entweilen noch keine Ruhe bekommen. Das ist die Folge davon, wenn man in die gewerkschaftliche Bewegung Dinge hineinbringt, die nicht hineingehören.

Feinde des Genossenschaftswesens. Auf der am 16. Juni in Essen abgehaltenen Jahresversammlung des Bundes deutscher Schmiedeeinnungen wurde mit Nachdruck auf den Schaden hingewiesen, der dem Schmiedegewerbe durch die Ausübung des Aufschießlags durch Genossenschaften und Konsumvereine entsteht. Zu verlangen sei ein striktes Verbot der selbständigen Ausübung des Aufschießlags durch Genossenschaftsmitglieder. Also auch die Schmiedemeister sind schon von dem Leide durch eine überalterte Gesetzgebung genährten Irrwahn befallen, daß sie ein Privileg auf die Stundhaftigkeit ihrer Mitmenschen hätten und daß diese gleichfalls gezeugen werden müßten, auf ihr gutes Recht zu verzichten, ihre Kasse dort mit Eisen versehen zu lassen, wo es ihnen paßt.

Am Tage zuvor war in Kiel der norddeutsche Zweigbund des deutschen Fleischer-Gesellenbundes verlesend. Ein Referent behauptete, daß der Großbetrieb im Fleischergerber nicht zum Segen für das Gewerbe im allgemeinen ausschlage. Man solle deswegen dahin streben, im Fleischer-

handwerk den Kleinbetrieb zu erhalten. Der Staat müsse mithelfen durch Einführung einer Umsatzsteuer für alle Groß- resp. Konsum- oder Genossenschaftsbetriebe. Der Kleinbetrieb aber müsse unterstützt werden. Die natürliche Entwicklung ihres Gewerbes werden die Fleischermeister auch durch das Verlangen nach unvernünftigen Gesetzen nicht aufhalten, schon weil die Rücksicht auf die Volkshygiene das verbietet. Die Fleischer-Gesellen aber täten Klüger daran, statt sich gegen die Konsumvereine mißbrauchen zu lassen, danach zu trachten, daß ihnen die Fleischermeister günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren.

Auf ein ganz originelles Mittel, die Konsumvereine zu bekämpfen, ist man in Sternberg (Mecklenburg) verfallen. Dort haben Pastor und Rektor im Bunde mit mehreren Geschäftsleuten Junglings-, Jungfrauen- und „christliche“ Arbeitervereine ins Leben gerufen, um dem Konsumverein das Lebenslicht auszublauen. Die Geschäftsleute tragen zur Deckung der Unkosten der Vergütungen „ihrer“ Vereine bei und erwarten als Dank dafür natürlich, daß die Mitglieder ihre Waren von ihnen, statt aus dem Konsumverein holen. Die mecklenburgischen Konsumisten sind nun allerdings verständlich genug, um zu wissen, daß ihnen der Konsumverein ganz andere Vorteile bietet als jene zu durchsichtigen Zwecken gegründeten, und so werden auch wohl in Sternberg die Verjuden, Verwirrungen in ihre Reihen zu tragen, das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Zur Frage der Abtretung der Waisenrente hat das Oberversicherungsamt Düsseldorf am 26. Februar dieses Jahres eine beachtenswerte Entscheidung getroffen: Den 5. Waisen des am 14. September 1912 verstorbenen Hilfsweidenstellers Gustav K. war durch Bescheid des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zu Düsseldorf vom 10. Dezember 1912 eine reichsgerichtliche Waisenrente im Betrage von je 2,30 Mk. monatlich bewilligt worden. Die Witwe erhob für sich und ihre Kinder seit dem 1. Oktober 1912 Armenunterstützung, die ursprünglich auf 58 Mk. monatlich, seit dem 1. Mai 1913 auf 45,50 Mk. monatlich festgesetzt worden ist. Am 23. November 1912 hatte die Witwe K. sich damit einverstanden erklärt, daß der Armenverband Essen für die geleistete Unterstützung Ersatz aus der Waisenrente erhalte. Daraufhin hatte der Vorstand der Landesversicherungsanstalt die Hälfte Rente für vier Monate dem Armenverband ausgezahlt. Die Witwe hatte dann durch Schriftsatz vom 30. Dezember 1912 gegen die Ueberweisung der Rente an den Ortsarmenverband Einspruch erhoben. Das Versicherungsamt zu Essen setzte alsdann durch Entscheidung vom 10. Juli 1913 fest, daß die Abtretung der Hälfte der den Kindern K. zustehenden Rente an den Ortsarmenverband E. unzulässig und ungültig ist.

Gegen diese Entscheidung hatte der Ortsarmenverband E., von dem jedoch die Rente vom 1. Februar 1913 ab freigegeben worden ist, Berufung eingelegt.

Das Oberversicherungsamt hat die Entscheidung des Versicherungsamtes als begründet erklärt und die Berufung des Ortsarmenverbandes zurückgewiesen, indem es ausführte, daß Voraussetzungen für den Ersatzanspruch einer Gemeinde oder eines Armenverbandes aus § 1531 der Reichsversicherungsordnung die Identität ist derjenigen Person, welcher eine Unterstützung gewährt ist, und derjenigen, welcher ein Anspruch auf Grund der Reichsversicherungsordnung zusteht. Als unterstützt kann im vorliegenden Falle lediglich die Mutter angesehen werden, während der Waisenrentenanspruch zweifellos allein den Kindern zusteht. Die erforderliche Identität zwischen der vom Armenverbande unterstützten Person und der rentenberechtigten Person ist hier also nicht gegeben, die Berufung infolgedessen zu verwerfen.

Trustzugehörigkeitsgeändris der Vatschari
 G. m. b. H. Keine der in Deutschland arbeitenden Firmen des englisch-amerikanischen Tabaktrustes hat sich mit solcher Kühnheit gegen die Feststellung ihrer Trustzugehörigkeit gewehrt, als die Firma Vatschari G. m. b. H. in Baden-Baden. Mit Aufwand aller nur erdenklichen Mächte hat sie im mehreren Prozessen versucht, eine gerichtliche Beglaubigung ihrer Trustfreiheit zu erlangen, und als im Januar dieses Jahres der Versuch in Hamburg nur mit der zweimaligen gerichtlichen Erhärtung ihrer Trustzugehörigkeit endete, begann sie erst recht in ihren Reklamen auf Bahnsteigen und Straßenbahnen ihre „Trustfreiheit“ ostentativ zu behaupten. Jetzt plötzlich gibt

Die das Spiel verloren. Die „Trufffreiheit“ auf den Reklamen wird überhündet und durch andere Reklameworte ersetzt. Die Firma selbst gesteht damit ihre Truffzugehörigkeit ein, so daß nunnmehr über die gemeinsame Truffzugehörigkeit der Firmen Georg A. Jasmayl Akt.-Ges., Jofetti & Co. m. b. H., Delta, G. m. b. H., Sulima, G. m. b. H., Bahrfeldi G. m. b. H., Adler-Comp. Akt.-Ges., und Caracoti G. m. b. H., nicht mehr der geringste Zweifel besteht.

Verbands-Teil.

Begründungsliste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.)

Leistung über eingegangene Beiträge.

Monat April 1914.

- Bauhauwerter:** Berlin III 3,12, Liegnitz 3,25, Rechenberg 1,30, Rofen 31,48, Ilm 5,07, Eingelmitgl. Rr. 260 2,60, Rr. 1887 4,18. **Bergarbeiter:** Rottkühnen 9,75, Brauer: Breslau 12,16. **Bilddenner:** Berlin 29,94, Breslau 8,06, Landberg 9,75. **Fabrik- und Handarbeiter:** Berlin I 1,17, Berlin III 0,78, Berlin IV 3,64, Strana 1,69, Grauberg 7,28, Greiffswald 0,68, Langendorf 1,43, Benig 14,30, Stettin-Bredow 3,77. **Gemeindearbeiter:** Berlin II 10,92, Halle 3,48. **Kaufleute:** Berlin III 5,94. **Bäder und Badbetriebe:** Berlin I 10,57, Berlin II 4,28, Berlin III 4,06, Chemnitz 12,22, Demmin 0,96, Sena 2,90, Königzell 7,41, Remburg 7,41, Saargrüden 7,65 u. 3,90, Straßburg 20,67, Worms 3,12, Zeitz 11,44, Zittau 5,62. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Ahrensleben 5,20, Berlin V 14,97, Wehligen 2,60, Wöppingen 10,78, Rallwitz 5,07, Dörsel 3,77, Rathenow 12,25, Worms 0,78, Eingelmitgl. Rr. 765 0,78, Rr. 868 0,91, Rr. 2063 1,04, Rr. 970 4,68. **Porzellanarbeiter:** Altmossler 29,12, Fürstberg 3,38, Königzell 21,71, Wachsenburg 2,34, Neuhaldensleben 1,82, Rudolfsuhl 8,45, Sophienau-Charlottenbr. 5,87, Tiefenfurt 3,12, Hallesberg 5,46, Eingelmitgl. Rr. 1068 1,95, Rr. 1096 2,08, Rr. 1782 2,08, Rr. 769 1,04, Rr. 1165 1,56, Rr. 1213 3,12, Rr. 1007 3,12, Rr. 1822 0,78, Rr. 1889 1,00, Rr. 28 u. 1874 1,96. **Schneider:** Berlin 52,90, Breslau I 18,51, Breslau II 12,96, Danzig 3,26, Dresden 7,41, Greiffswald 3,26, Erlangen 7,54, Gerditz 10,80, Greiffswald 4,46, Heidelberg 17,16, Jena 6,89, Liegnitz 3,19, Riffa 7,81, Wanneberg 1,30, Weisenburg 11,74, Raumburg 4,29, Dörselberg 2,34, Reichenau 18,06, Dörselberg 7,80, Rathenow 11,78, Schneidnitz 2,84, Worms 0,78, Weidenbrunn 7,01, Weidau 9,38, Eingelmitgl. Rr. 580 1,92. **Spinnmaschinen- und Leinwandarbeiter:** Augsburg 19,78, Barmen 5,58, Barth 4,94, Berlin I 49,56, Bielefeld 18,44, Birkenau 4,55, Breslau 9,81, Wupp. 4,90, Einl. 5,46, Erfurt 13,78, Frankfurt a. O. 11,96, Frankfurt 7,90, Grauberg 18,98, Greiffswald 3,37, Halle 5,54, Hildesheim 5,48, Kalkbeim-Gothen 4,08, Kalkbeim-Gothen 15,39, Remburg 2,06, Rastatt 6,24, Rastatt 2,64, Reitz 1,96, Ritzdorf 119,88, Rostock I 27,58, Rostock 9,87, Rostock II 23,79, Stargard 2,08, Stettin 4,68, Ilm 4,94, Weisenfels 401,29, Worms 11,88, Eingelmitgl. Rr. 1819 1,17, Rr. 1061 0,91, Rr. 3402

- 1,17. **Textilarbeiter:** Berlin 12,38, Berge-Forst 30,25, Chemnitz 24,31, Duisburg 8,58, Ederitzerberg 7,54, Erlangen 17,60, Gabeln 20,28, Großenhain 4,94, Guben 4,42, Heidenbrunn 1,69, Hof 3,77, Heiligen 4,16, Mühlberg 12,55, Penig 9,75, Selb II 9,88, Zannshäuser 9,75, Schwarzenbach 5,25, Pulsnitz 5,07, Schiefbahn 2,40, Eingelmitgl. Rr. 1688 0,99. **Töpfer:** Bitterfeld 34,84, Grauberg 10,79, Jägerhof 13,82, Reiten 1,69, Walsleben 15,36, Eingelmitgl. Rr. 2320 1,17, Rr. 2383 2,24, Rr. 2471 0,78. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Gagen 8,06, Pöschel 9,23. **Ordnungsbände:** Zeitz 2,69, Nürnberg 6,90, Sayna 56,10, Magdeburg 9,46. **Hauptkasse:** Eingelmitgl. Rr. 2553 8,51, Rr. 2295 2,08, Müllger 5,07. **Eisenbahner:** Berlin 1,06, Summa 1925,24 Rr.

Berlin, im Juli 1914.

R. Klein,
Sapportkassierer.

H. Reuhsdt,
Sapportkontrollant.

Verfassungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr, zwangloses Zusammensein im Verbandsbause, Gäße wikt. — **Gewerksvereins-Bibliothek (G.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Lesungsaal 1, Verbandsbause d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäße wikt. —

Orts- und Reichsverbande.

Bremen (Ordnungsband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter - Sitzung im Dörhops Gesellschaftshaus, Bremen, Neustadtstr. — **Cothbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Harstein, Sandwerft 43. — **Deffau.** Gewerksvereins-Bibliothek jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr Lesungsaal 1. Reichsl. „Jolan“, Wörthstr. — **Hilberfeld-Barmer (Ordnungsband).** Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggen Hammer, Hilberfeld, Kückstr. und Erdmannstr. — **Essex (Ordnungsband).** Jeden Sonntag, abds. 8-10 Uhr, Distriktsklub im Verbandsbause, Froghausstr. 53. — **Krausitz a. O. (Gewerksvereins-Ordnungsband).** Jedes Freitag von 8-10 Uhr Lesungsaal im Reichslandklub Köchstr. 16. **Verbandsklub** heral. willkommen! — **Seifensieder (Ordnungsband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jedes ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 Uhr, Distriktsklub im Reichslandklub von G. Simon, Alter Markt. — **Wannau b. Kassel.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr Distriktsklub bei Schwies — **Hammberg (Ordnungsband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr Ortsverband-Vertreter-Sitzung bei Hofe, Heinestr. — **Hannenburg (Reichsverband).** Jeden Freitag von 8 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hannenburg (Gewerksvereins-Bibliothek).** Jeden Donnerstag Lesungsaal bei Löhner in Altona, Einstadtlerstraße 48-50. — **Hornow (Ordnungsband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Wm. Witt, Kube, Bahnhofsstr. gegenüb. der enang. Kirche. — **Iffersleben (Ordnungsband).** Jeden 2. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8½ Uhr bei H. Gölpe, Krennerserstr. 5. — **Ilm (Ordnungsband).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Kung-Erdgolon, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerksvereins-Bibliothek).** Die Lesungsaal

finden jeden Mittwoch abds. 9-11 Uhr im Betriebstotal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäße und Kinnbegabe Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Waldheim-Wahl.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandsbause bei Herrn Johann Wöler, Sandstr. 24. — **Cidenburg.** Am Sonnabend, den 11. Juli 1914 abds. 8½ Uhr, Versammlung bei Gramberg (Markt). — **Stettin (Eingetragener Gewerksverein).** Die Lesungsaal finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Total Rebel, Weiße Straße 5, statt. Kinnbegabe Kollegen herzlich wikt. — **Zeig (Distriktsklub für Zeig, Vorkriegsaal u. Reichslandklub).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Zhora (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Lesungsaal bei Herrn Nicolet, Rauerkir. 62. — **Wetschau, Distriktsklub.** Jeden Donnerstag, abds. 8-10½ Uhr Distriktsklub beim Kollegen Gönkel. — **Wetzelstein a. O. (Eingetragener „Partnerei“ der Deutschen Gewerksvereine).** Lesungsaal abds. 8½ Uhr im Reichslandklub, Kitzbergener-Gesangbegabe Gewerksvereinskollegen freil. willkommen! — **Worms (Ordnungsband).** Gsangsabteilung der vereinigten Gewerksvereine (G.-D.) jeden Montag, abds. 9 Uhr Lesungsaal im Verbandsbause, „Worms“ a.

Literatur.

- Eingegangene Bücher und Broschüren.**
Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Mithingung erfolgt nicht.
Das sozialdemokratische Programm. Von Richard Galmier. Herausgegeben von Hans Dem. Preis 2 Rr. Verlag bei Eugen Diederichs, Jena.
Der Einheitsgesetz in der Gsangsorganisation. Von Klaus Fischer. Preis broschiert Rr. 0,50. Verlag bei Eugen Diederichs, Jena.
Jahresbericht des Gewerbe-Kaufsüchsstamms des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin für 1913. Gedruckt in der Reichsdruckerei.
Jahresbericht des Gewerbe-Kaufsüchsstamms des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz für 1913. Gedruckt in der Reichsdruckerei.
Werben und Werben der Gewerkschaften. Gesichts und System der gewerkschaftlichen Agitation. Von Dr. S. Kestrieple. Verlag und Druck der Fränkischen Verlagsgesellschaft und Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg.
Die Preisentwicklung in der Eisenhüttenindustrie. Von Walter Le Centre aus Berlin. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Preisabwägung gewerkschaftlicher Ergebnisse in Belgien. Im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Dr. Ernst Wabgim, Dr. R. H. Professor an der Universität Lüttich. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Eisenhüttenpreise und Dampfkräften. Von Dr. Ing. Karl Saisheit. Mit 7 Diagrammen. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Deffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform. Veranstaltung am 10. Mai 1914 in Berlin von der Gewerkschaft für Soziale Reform. Preis 50 Rr. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Anzeigen-Teil.

Insereate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ordnungsband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.)

F o r s t (Kaufst.)

Am Sonntag, den 26. Juli cr., findet in Forst (Kaufst.) das **Agitationsfest** der Niedersächsisch-Brandenburgischen Gewerksvereine (G.-D.)

verbunden mit 25-jährigem Fahnenjubiläum statt. Wir laden hiermit die Ortsvereine und Ortsverbände, auch diejenigen, die besondere Einladungen nicht erhalten haben, zur zahlreichsten Beteiligung freundlichst ein und bitten, uns recht bald die Zahl derjenigen Kollegen und Kolleginnen, die wir hier begrüßen können, zwecks Beforgung von Freiquartieren anzugeben.
Mit Gsw vereinsgruß! Der Vorstand.
Das Festkomitee. Paul Raad, Wörthstr. 18.

Zur Anschaffung bringend zu empfehlen:
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Von Karl Goldschmidt.
Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.
Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg. 6 Stück kosten 1,00 Rr. 12 Stück 1,80 Rr.
Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greiffswaldstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.
Besamtsverpflichteter Redaktions: Leonor Lewin, Berlin NO. Greiffswaldstr. 221-23. — Druck und Verlag: Godecke u. Gallinet, Berlin B., Potsdamerstr. 110.



Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photokittel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franco
BERLIN A. 37.
LUDWIG & Co. Ballhausstr. 3

Altenregister für Arbeitersekretariate,

in überschüssiger Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Alten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Kreis-Gewerkschaft der Deutschen Gewerksvereine. Dauernd überbild über den Verlauf der behandelten Fälle.

Rr. 1 für 60 Alten	Preis 2,00 Rr.
" 2 "	" 500 " 6,00

Außerdem empfehlen wir wiederholt:
Eintragungsbücher für die Statistik
Form. D Rr. 1 für etwa 200 Auskünfte 0,60 Rr.
Form. D Rr. 2 " " 500 " 1,00
Form. D Rr. 3 " " 1000 " 2,00
Formulare für Unfall- und Invalidensachen.
Form. A für Berufungschriften
Form. B " Rückfr. bzw. Revisionschriften " 25 Gsd. 0,75 Rr.
Personalienfragebogen.
Form. C. 50 Gsd. 0,75 Rr. 100 Gsd. 1,50 Rr.
Versendung nur gegen Voreinbarung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greiffswaldstr. 221/223.

Senftenberg und Umgegend (Ordnungsband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsbescheinigung beim Ortsverbandskassierer Otto Kuhnke, Jüttenberg bei Senftenberg, Sanbstr. 11, ortsbetretene Vereine auch bei den Kassierern. Senftenbera - Grob-Rätschen, Bädgen, Ann-hütte, Döbristhof, Ueberrachtungsstotal, Gschhof zum Waldhof, Def. Herr Sedpe.
Jena (Ordnungsband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterscheidung bei Carl Müller, Greiffgasse 2, Ecke Oberlauenegasse.
Wadeberg i. Sachf. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Distriktsklub im Betrag von 75 Pfg. bei dem Kollegen Wilhelm Demmel, Ritterstraße 15.
Forstmann (Ordnungsband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsbescheinigung, Gewerksvereinsbureau. R r i m k r. 7. Dieselbst beauftragend u. Arbeitsnachweiser.
Knefals (Ordnungsband). Durchreisende arbeitslose Kollegen Unterscheidung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Otto Mendel, Zülfenstraße 15.